

Mehr Bildung und Bedeutung der sprechenden Medizin

Der diesjährige BKK Tag, der Anfang Februar in München stattfand, widmete sich dem Thema „mehr Information und Kommunikation für Transparenz im Gesundheitsdickicht“. Über 200 Experten aus Politik, Ärzteschaft und Selbstverwaltung diskutierten über Informationslücken im Gesundheitssystem und zeigten Lösungsansätze auf. Patienten fordern heute immer mehr, aktiv in Entscheidungen hinsichtlich ihrer Gesundheit, Therapien und Leistungen eingebunden zu werden. Hierzu benötigen sie aber vor allem verständliche Informationen.



Dr. Max Kaplan betonte in seinem Statement die Bedeutung der sprechenden Medizin.

Foto: BKK

Mehr Informationsfluss für mehr Transparenz

Sigrid König, Vorständin des BKK Landesverbandes Bayern, machte klar, dass der Mensch als Patient im Fokus des Interesses stehen müsse. Gerade weil Angebote von Gesundheitsleistungen häufig durch finanzielle Anreize gesteuert würden, müssten Patienten zunehmend in der Lage sein, selbst zu entscheiden. „Dem voraus geht der Informationsfluss, die Kommunikation und damit auch die Transparenz“, so König. Sie betonte, dass durch das immer komplexer werdende Gesundheitssystem auch das Aufklärungspotenzial steige.

Der alternierende Vorsitzende des Verwaltungsrates des BKK Landesverbandes Bayern, Jörg Schlagbauer, appellierte an die Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Leistungserbringern und Patienten, die auch weiterhin Hand in Hand ablaufen müsse. Die Mitsprache der Patienten müsse gewollt sein und zugelassen werden. Schlagbauer beschrieb „das Selbstverständnis zur Informationspflicht als unabdingbares Erfordernis“. Im Zuge einer immer größeren Leistungsverdichtung müsse unser Humankapital stärker geschützt wer-

den. Dies setze jedoch voraus, dass Patienten die gesundheitlichen Wirkungszusammenhänge verstehen, beschreibt Schlagbauer. Das kürzlich durch den Bundestag verabschiedete Patientenrechtegesetz hält er für begrüßenswert. Gleichzeitig müssten Ärzte und andere Leistungserbringer noch mehr in die Pflicht genommen werden, damit Patienten stets über alle Möglichkeiten von Behandlungen und Risiken aufgeklärt seien. „Unsere Versicherten wünschen sich nichts mehr als ein faires Gesundheitssystem mit bester und effizientester Versorgung“, betonte Schlagbauer und verwies an die gemeinschaftliche Verantwortung der jeweiligen Selbstverwaltung.

Stärkung der Eigen- und Fremdverantwortung

Der Bayerische Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Marcel Huber, mahnte, zum Erhalt der eigenen Gesundheit, auch sich selbst in die Verantwortung zu nehmen. Mit der zunehmenden Informationsflut durch Medien und Internet sei es jedoch immer schwerer, das Gesundheitssystem zu durchschauen. Huber sprach der sprechenden Medizin eine große Bedeutung zu, schließlich sei ein gutes Verhält-

nis zwischen Arzt und Patient das Kernziel der Gesundheitspolitik. Um dies zu stärken, habe die Politik mit Patientenberatungsstellen in Krankenhäusern, einer Broschüre und einem eigenen Patientenportal im Internet bereits eine gute Basis geschaffen. Der Gesundheitsminister verwies aber auch auf die Bedeutung von Prävention, die Patienten unter Umständen Leid ersparen und Krankenkassen finanziell entlasten könne. „Wir müssen die Wahrnehmbarkeit auf allen Kanälen erhöhen“, so der Minister. Gerade aus diesem Grund begleitet das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG) jährlich verschiedene Präventionsprogramme, wie zum Beispiel die Initiative „Männergesundheit“ oder die Aktion „Dem Krebs davonlaufen“. Kritisch äußerte sich Huber zu den Geldern, die jährlich aus Bayern in den Länderfinanzausgleich fließen. Hier sei mehr Aufklärung und Transparenz notwendig, damit deutlicher werde, wohin welcher Anteil der Beiträge für welche Leistungen fließe.

Mehr Bildung für bessere Vorsorge

Professor Dr. Gerd Gigerenzer, Direktor am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, zeigte in seinem Vortrag „Bessere

Ärzte, bessere Patienten – Transparenz im Gesundheitswesen“ neue Informations- und Kommunikationswege auf. Für den Bildungsforscher liegt das Problem der fehlenden Information innerhalb des Gesundheitssystems primär in der unzureichenden Bildung. Voraussetzung für eine effizientere Versorgung seien „bessere“, das heißt aufgeklärtere Ärzte und informiertere Patienten. Gigerenzer führte aus, dass bestimmte Vorsorgeuntersuchungen wie das Mammografie-Screening oder das PSA-Screening keinen wissenschaftlich-nachweisbaren Nutzen brächten. Durch mangelnde Aufklärung innerhalb der Ärzteschaft, insbesondere was den Umgang mit Statistiken anbelange, würden Daten fehlinterpretiert und Patienten verunsichert. Gigerenzer sieht die Lösung in einer besseren, gezielteren Bildung, die schon früh ansetzen müsse, damit Patienten heute in der Lage sind, die Informationen richtig zu interpretieren. Er skizzierte, dass sauberes Wissen in unserem Gesundheitssystem nur mit patientenorientierter Forschungsfinanzierung erreicht werden könne. Für unverzichtbar hält er zudem eine transparente Berichterstattung in medizinischen Fachzeitschriften, Patientenbroschüren und in den Medien. „Nur, wenn einzelne Interessenskonflikte minimiert und die Evidenzbasierte Medizin noch mehr in den Mittelpunkt gerückt wird, können wir langfristig bessere Patienten gewinnen.“ Voraussetzung dafür seien mehr Ärzte, die die statistische Evidenz verstehen, und die in der Lage seien, Risiken so zu kommunizieren, dass die Patienten sie begreifen.

Sprechende Medizin und mehr Kooperation

Dr. Max Kaplan, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), argumentierte aus Sicht der Ärzteschaft, dass vor allem die Bedeutung der sprechenden Medizin wieder in den Vordergrund gerückt werden müsse, damit Patienten besser informiert werden können. Problematisch sei die derzeitige Situation unseres Gesundheitssystems, mit dem wachsenden Versorgungsbedarf, einer zunehmenden Spezialisierung der Medizin, zunehmendem Fachkräfte- und Ärztemangel, dominierenden ökonomischen Ausrichtungen und letztlich fehlender Transparenz. „Langfristig wollen wir allen Patientinnen und Patienten die Sicherstellung einer

qualifizierten medizinischen Versorgung gewährleisten. Dazu bedarf es eines Ausbaus der Information und Kommunikation, bei gleichzeitigem Bürokratieabbau“, so der Präsident.

Einen ersten Aufschlag sieht Kaplan mit dem Patientenrechtegesetz gemacht, das den Patienten stärker in den Behandlungsprozess einbinde und für mehr Aufklärung und Transparenz Sorge. Das vertrauensvolle Patienten-Arzt-Verhältnis sei der zentrale Bereich jeder ärztlichen Behandlung, der von Einflüssen Dritter frei bleiben müsse. Er betonte, dass dies nur möglich sei, wenn Ärzte sich wieder verstärkt auf ihre originären ärztlichen Aufgaben konzentrieren können. Hierfür seien gezielte Delegation, Arbeitsteilung und innovative Kooperationsformen eine Grundvoraussetzung. Weiterhin müssten die sektorenübergreifende Versorgung ausgebaut und die Schnittstellen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung verringert werden. Kaplan warnte davor, mit Zielvereinbarungen über Bonuszahlungen in Chefarztverträgen falsche Anreize zu setzen. Diese dürften lediglich zur Verbesserung der Qualität getroffen werden. Für dringend erforderlich hält der Präsident auch eine Neu-

organisation des Bereitschaftsdienstes mit entsprechender Honorierung, um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum überhaupt sicherstellen zu können.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit den Referenten Johann-Magnus Freiherr von Stackelberg, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes des GKV-Spitzenverbandes, sowie den Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas (SPD) und Max Straubinger (CSU) wurden die Aspekte aus den Vorträgen gemeinsam mit der Moderatorin Ursula Heller, Bayerischer Rundfunk, unter Einbeziehung des Publikums erörtert. Die Diskutanten verständigten sich darauf, dass nur mit einer besseren Bildung von frühester Schulzeit an der einzelne Bürger mit der Informationsflut, die im Gesundheitswesen herrscht, zurecht kommen und mehr Eigenverantwortung übernehmen könne, auch im Sinne der Prävention. Auch die Bedeutung der sprechenden Medizin wurde von allen Seiten betont, da nur im direkten Patienten-Arzt-Kontakt individuelle Gegebenheiten, Krankheitsverläufe und Therapiemöglichkeiten geklärt werden könnten.

Sophia Pelzer (BLÄK)

Anzeige



Prof. Dr. Niels Korte**
Marian Lamprecht*
Constanze Herr*

KORTE
RECHTSANWÄLTE

Absage durch Hochschule oder ZVS? – Klagen Sie einen Studienplatz ein!

Wir haben seit 1998 zahlreiche Mandate im Bereich Hochschulrecht erfolgreich betreut. Unsere Kanzlei* liegt direkt an der Humboldt-Universität.
Prof. Dr. Niels Korte lehrt selbst an einer Berliner Hochschule.

Entfernung spielt keine Rolle – wir werden bundesweit für Sie tätig.

24-Stunden-Hotline: 030-226 79 226
www.studienplatzklagen.com

* Unter den Linden 12
10117 Berlin-Mitte
** Wichertstraße 45
10439 Berlin

www.anwalt.info
Fax 030-266 79 661
Kanzlei@anwalt.info